

K l e i n e A n f r a g e

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

A n t w o r t

des Thüringer Innenministeriums

Montagsdemonstrationen und "völkische Friedensbewegung"

Die **Kleine Anfrage 4058** vom 3. Juli 2014 hat folgenden Wortlaut:

Seit dem Frühjahr 2014 finden in mehreren Städten Deutschlands erneut Kundgebungen statt, die in Anspielung auf die Massendemonstrationen der Deutschen Demokratischen Republik und die Hartz-IV-Proteste in den vergangenen Jahren als "Montagsdemos" bezeichnet werden. Nach mehreren Medienberichten (z. B. Berliner Zeitung "Völkische Friedensbewegung", 16. April 2014 oder Spiegel TV 18. Mai 2014*) werden diese "Mahnwachen für den Frieden" auch von verschiedenen Verschwörungstheoretikern, Rechtspopulisten, Antisemiten und auch sogenannten "Reichsbürgern" instrumentalisiert. Auch in Thüringen finden seit einigen Wochen bereits solche Veranstaltungen statt, auf denen teilweise mit einer Mischung aus Euroskepsis, Nationalismus, Antiamerikanismus und Paranoia Ängste geschürt oder weiter befeuert werden. Zu den wirren Feindbildern gehört mitunter auch das "Weltjudentum" und das amerikanische Zentralbanksystem FED, welche beschuldigt werden, die Welt bzw. das Finanzsystem als vermeintliche "Strippenzieher" zu kontrollieren. Bei entsprechenden Montagsmahnwachen in Saalfeld wurde in den letzten Wochen nach Kenntnissen der Fragestellerin auch mehrfach die Ideologie der "Deutschen Reichsbewegung" propagiert, wonach die Bundesrepublik Deutschland nichtig und ihre Gesetze nicht zu beachten seien bzw. das "Deutsche Reich" in seinen Grenzen von 1937 fortbestehe. Einige der Teilnehmer und Redner bekennen sich auch zu bekannten Reichsbürger-Gruppen wie "Republik Freies Deutschland", "Staatliche Selbstverwaltung" und "Freistaat Preußen". In der Drucksache 5/6314 berichtete die Landesregierung bereits ausführlich zu diesem Phänomen.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Städten Thüringens wurden der Landesregierung im Jahr 2014 sogenannte "Montagsmahnwachen" bzw. "Montagsdemos" bekannt?
2. Sind die neuerlichen sogenannten Montagsmahnwachen seit dem Frühjahr 2014 partiell Bestandteil der Beobachtung von Thüringer Sicherheitsbehörden und wie wird diese Entscheidung begründet?
3. Liegen der Landesregierung Informationen vor, wonach bei einigen der in Thüringen stattfindenden Montagsmahnwachen Anhaltspunkte dafür bestehen, dass diese gegen die Grundsätze eines demokratischen Verfassungsstaats gerichtete Ziele vertreten? Wenn ja, welche Angaben kann sie dazu machen?
4. Falls die Fragen 1 und/oder 2 mit Ja beantwortet werden, kann die Landesregierung mitteilen, in welchen Städten Thüringens entsprechende Montagsmahnwachen in den Fokus der Sicherheitsbehörden gerückt sind?
5. Liegen der Landesregierung Kenntnisse vor, wonach Anhänger der "Reichsbürger"-Bewegung Einfluss auf Montagsdemonstrationen in Thüringen haben, wenn ja, kann sie dazu weitere Angaben machen?

6. Wurden nach Kenntnissen der Landesregierung seit 2014 bereits Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer jener Montagsmahnwachen in Thüringen wegen dem Verdacht einer Straftat eingeleitet, wenn ja, welche Angaben kann sie dazu machen?
7. Wie schätzt die Landesregierung die neuerliche Bewegung mit den "Montagsmahnwachen" in Thüringen vor dem Hintergrund der Schilderungen in der Vorbemerkung und eigenen Erkenntnissen ein?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 10. September 2014 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Versammlungen im Sinne der Fragestellung fanden nach vorliegenden Erkenntnissen in Altenburg, Erfurt, Eisenach, Gera, Gotha, Jena, Pößneck, Saalfeld und Sonneberg statt.

Zu 2.:

Versammlungsrechtliche Aktionen, welche die Phänomenbereiche des Polizeilichen Staatsschutzes tangieren, werden analysiert und bewertet. Die sich daraus ergebenden (Gefährdungs-)Erkenntnisse fließen in künftig durchzuführende ordnungsbehördliche und polizeiliche Schutzmaßnahmen ein. Neben gefahrenabwehrrechtlichen Aspekten nimmt die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes Thüringen eine Zentralstellenfunktion bei der Bewertung und statistischen Erfassung von politisch motivierten Straftaten ein, die zum Teil auch im Zusammenhang mit versammlungsrechtlichen Aktionen begangen werden. Ebenso wird das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung tätig, wenn hinreichende Anhaltspunkte vorliegen, dass es sich hierbei um gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen handelt.

Zu 3.:

Den Sicherheitsbehörden liegen diesbezüglich keine Informationen vor.

Zu 4.:

Schwerpunkt der angefragten Versammlungslagen ist die Stadt Erfurt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Zu 5.:

Während einer "Montagsdemonstration" im Mai 2014 in Saalfeld traten zwei Redner in Erscheinung, zu welchen Erkenntnisse hinsichtlich einer Zugehörigkeit zur "Reichsbürgerbewegung" vorliegen. Darüber hinaus liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Zu 6.:

Bislang wurden zwei Ermittlungsverfahren (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a Strafgesetzbuch - StGB - gegen Unbekannt am 19. Mai 2014 in Erfurt und Verleumdung gemäß § 187 StGB gegen einen männlichen Tatverdächtigen am 26. Mai 2014 in Erfurt) im Sinne der Fragestellung bearbeitet.

Zu 7.:

Im Gegensatz zu den historisch geprägten Montagsdemonstrationen sind die in jüngerer Vergangenheit durchgeführten Versammlungen thematisch von einer gewissen Diffusion geprägt. Die Versammlungen wurden u. a. unter folgenden Mottos durchgeführt: "Gegen Sozialabbau", "Frieden - Deutschland - Europa - Der Welt!", "Freiheit", und "Frieden, Geldsystem, aktuelle Lage international". Diese Themenvielfalt und deren Thematisierung sprechen nicht nur Teilnehmer mit unterschiedlich ausgeprägter politischer Weltanschauung an, sondern bietet auch Personen mit einem diffusen Weltbild die Gelegenheit, ihre Meinung kundzutun. Eine generelle "Unterwanderung" der Montagsdemonstrationen durch so genannte "Reichsbürger", Verschwörungstheoretiker, Rechtspopulisten oder Antisemiten wurde im Freistaat Thüringen bislang nicht festgestellt.

Geibert
Minister

Endnote:

* <http://www.youtube.com/watch?v=q8tRWQANjhs>